

## **Die hehren Ansprüche des „Netzwerkes Wissenschaftsfreiheit“ und die Wirklichkeit**

Im Februar 2021 ist das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ mit einem eigenen Internetauftritt an die Öffentlichkeit gegangen (<https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/>). Es widmet sich einem bekannten Thema: der faktischen Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit jenseits von Verbotsmaßnahmen. Dabei geht es etwa um Aktivisten, die Druck auf Professoren im Vorfeld von geplanten Vortragsveranstaltungen ausüben, um diese zu verhindern. Deutlich ausgeprägt sind zudem die zumeist klandestinen Tätigkeiten von Hochschulvertretern, die vor dem Hintergrund ihres eigenen Weltbildes versuchen, Forschungsaktivitäten „umstrittener“ Kolleginnen und Kollegen zu diskreditieren. Auch jener Ort, der von Freiheit, Toleranz und offenen Diskussionen geprägt sein sollte, ist leider – nicht erst seit 2015! – von Prozessen gesellschaftlicher Polarisierung erfasst worden. Dies hat dazu geführt, dass einzelne Themen über die Maßen im Diskurs präsent sind. Andere führen dagegen ein Schattendasein, weil sich nur wenige Wissenschaftler an ihre Bearbeitung trauen.

Das veröffentlichte „Manifest“ des Netzwerkes Wissenschaftsfreiheit bringt in inhaltlich vorzüglich ausformulierter Weise die Gesamtproblematik auf den Punkt. Mit Begeisterung habe ich vernommen, wofür sich die Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Es seien einige wenige Kostproben zitiert:

- „Wir beobachten, dass die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt werden soll. Wir müssen vermehrt Versuche zur Kenntnis nehmen, der Freiheit von Forschung und Lehre wissenschaftsfremde Grenzen schon im Vorfeld der Schranken des geltenden Rechts zu setzen. Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Ziele, festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind. Damit wird der Versuch unternommen, Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden. Auf diese Weise wird ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu ersticken.“
- „Von besonderer Bedeutung sind dabei die mittelbaren Wirkungen dieser Druckmaßnahmen: Sie senden das Signal, dass man auf den ‚umstrittenen‘ Gebrauch seiner Forschungs- und Lehrfreiheit künftig besser verzichte. Die Etikettierung als ‚umstritten‘ stellt dabei den ersten Schritt der Ausgrenzung dar.“

- „Wenn Mitglieder der Wissenschaftsgemeinschaft aus Furcht vor den sozialen und beruflichen Kosten Forschungsfragen meiden oder sich Debatten entziehen, erodieren die Voraussetzungen von freier Wissenschaft.“
- Man wolle „allen Versuchen entgegenwirken, die wissenschaftliche Arbeit von Hochschulangehörigen einzuschränken. Grenzen dieser Freiheit sind ausschließlich Verfassung und Gesetz“.

Da das Manifest meine persönliche Haltung vollständig trifft, habe ich am 5. März 2021 einen Mitgliedsantrag gestellt. Mittlerweile sind 531 Kolleginnen und Kollegen dem Netzwerk Wissenschaftsfreiheit beigetreten (Stand: 11. Juni 2021), das vermutlich nur über einen sehr begrenzten bürokratischen Unterbau verfügt. Deshalb sind Verzögerungen bei der Bearbeitung von Aufnahmeanträgen gut nachvollziehbar. Am 19. April 2021 habe ich dennoch freundlich nachgefragt, ob meine E-Mail eingetroffen ist. Dem war so – es wurde um Geduld gebeten. Am 19. Juni 2021 habe ich das Netzwerk erneut angeschrieben und einen Verdacht zur weiterhin ausgebliebenen Umsetzung des Gesuchs formuliert: „Leider ist eine Aufnahme in das Netzwerk immer noch nicht erfolgt. Hat dies ausschließlich organisatorische Gründe?“ Am 24. Juni 2021 hatte ich Klarheit: „Auch wenn wir uns über das Interesse an unserem Netzwerk gefreut haben, müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir Ihrem Wunsch nicht entsprechen können.“ Der Sprecher der zuständigen Fachgruppe hat dies bestätigt. Meiner Bitte, die Ablehnung zu begründen, sind die Zuständigen bislang nicht nachgekommen.

Die Verwunderung über diese Entscheidung hält auf meiner Seite an. Ich bin Professor, als solcher Beamter auf Lebenszeit und nicht vorbestraft. Vor meiner Einstellung an der Hochschule des Bundes (HSB) für öffentliche Verwaltung bin ich den üblichen Maßnahmen im Rahmen des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes ohne Beanstandungen unterzogen worden. Selbst das im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes 2018 erstellte Gutachten zum „umstrittenen“ Grenzbuch ist zu meinen Gunsten ausgefallen. Ich vertrete keine rechtsextremen oder anderweitig mit dem Grundgesetz nicht vereinbaren Ansichten. Und die Ablehnung lässt sich auch nicht über die Zugehörigkeit zum Fachbereich Nachrichtendienste der HSB begründen, da zwei meiner Kollegen bereits aufgenommen worden sind.

Wo also liegt das Problem? Es gehört nicht viel Phantasie dazu, über die möglichen Gründe der Ablehnung zu spekulieren. Sie dürften mit meinen Forschungsaktivitäten zusammenhängen, die in den Bereichen Grenzsicherung, Migrationspolitik und nationale Identität vom derzeitigen Mainstream abweichen. Vermutlich haben einzelne Sprecher des Netzwerkes, von denen zwei zur Migrationspolitik forschen (Zuordnung: Mitglieder aus dem Kreis der Steuerungsgruppe bzw. Fachsprecher), den Klappentext meines im Juli 2021 erscheinenden neuen

Buches gelesen: „Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“. Dass bereits die im Vorfeld kommunizierten, wenigen Inhalte ausreichen, bei linksliberalen Vertretern der Politikwissenschaft auf Ablehnung zu stoßen, kann ich aus deren Sicht gut nachvollziehen. Sämtliche Aussagen werden gleichwohl belegt; sie sind zugleich verfassungskonform. So ist eine persönliche oder politische Abneigung gegenüber meiner Person natürlich legitim – mehr aber auch nicht!

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit wird den eigenen hehren Ansprüchen nicht gerecht, wenn seine Vertreter bereit sind, Kolleginnen und Kollegen auszugrenzen, die von den eigenen politischen Vorstellungen abweichen. So wird lediglich die Politik der Intoleranz jener Kräfte fortgesetzt, zu deren Bekämpfung das Netzwerk gegründet worden ist.

Ich fordere die Verantwortlichen daher auf, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen bzw. Fragen öffentlich zu beantworten:

- Dem Internetauftritt sind lediglich in sehr kurzer Form Kriterien für eine Mitgliedschaft zu entnehmen: „Die Mitgliedschaft setzt einstweilen eine abgeschlossene Promotion sowie eine wissenschaftliche Tätigkeit voraus.“ Es wird nicht weiter konkretisiert, wie jenes Entscheidungsverfahren aussieht, in dem über die Aufnahme oder die Ablehnung von Mitgliedern entschieden wird. Es sollte in diesem Bereich dringend mehr Transparenz hergestellt werden, um dem Verdacht sachferner Absprachen entgegenzuwirken. Das Manifest muss auch und gerade bei Aufnahmegegesuchen gelten.
- Wie viele Anträge auf Mitgliedschaft sind bislang abgelehnt worden?
- Mit welchen Argumenten sind die Ablehnungen begründet worden?
- Sollten mir keine strafbaren oder verfassungsfeindlichen Handlungen nachgewiesen werden, bitte ich darum, dem Mitgliedsantrag zu entsprechen.

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit verfolgt ein gesellschaftlich wichtiges Anliegen. Es darf nicht von einzelnen Mitgliedern zur Verfolgung eigener, einseitiger politischer Vorstellungen gekapert werden. Diversität muss auch im Diskurs gelten. Sollte eine Kurskorrektur im Geiste des Manifests nicht möglich sein, dann sollten die derzeitigen Mitglieder der noch jungen Initiative konsequenterweise durch Austritte dazu beitragen, das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit wieder aufzulösen.